

insight

JUNI 2011

WWW.ESF.AT

MAGAZIN DES EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS



Green Jobs – Good Jobs?

P.b.b. Verlagsort 1150 Wien Plus.Zeitung 11Z1038810P

NEUE STUDIE
Grüne Arbeitsplätze
in Österreich

GREEN SKILLS
50.000 neue Jobs
bis 2020

STRUKTURWANDEL
Arbeitsmarktpolitik
ist gefordert

EDITORIAL



**Liebe Leserinnen
und Leser!**

Beschäftigt man sich in Europa derzeit mit dem Thema Klimaschutz, kommt man an der Zahl 20 nicht vorbei. Die EU hat sich auf eine integrierte Strategie im Bereich Energie und Klimaschutz mit ehrgeizigen Zielen bis 2020 geeinigt. Sie will Europa damit auf den richtigen Weg bringen – hin zu einer umweltgerechten Zukunft mit einer CO₂-armen, energieeffizienten Wirtschaft. Erreicht werden soll dies durch eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 20%, der Verringerung des Energieverbrauchs um 20% durch bessere Energieeffizienz und eine Deckung von 20% unseres Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen. Um diese Vorgaben zu erreichen, wird einiges in Bewegung gesetzt (siehe dazu Leitartikel von Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Seite 3).

Österreich hat Aufholbedarf

„Nachhaltiges Wachstum“ stellt eine der drei Prioritäten, Klimaschutz eines der fünf Kernziele der EU 2020-Strategie dar. Der ESF wird in der nächsten Förderperiode weiterhin ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument sein, das die Beschäftigung und Qualifikation von ArbeitnehmerInnen verbessern soll. Während er in den Prioritäten „integratives und intelligentes Wachstum“ breite Erwähnung findet, bleibt der ESF im Bereich „Nachhaltiges Wachstum“ eher allgemein. Konkret finden sich für die Förderperiode ab 2014 nur geringe Ansätze zur Förderung von Green Jobs unter dem Blickwinkel der Anpassungsqualifizierung von ArbeitnehmerInnen. In Österreich ist der ESF ohne Zweifel ein effizientes und effektives Arbeitsmarktinstrument. Trotzdem fehlen auch auf nationaler Ebene Schwerpunkte in Richtung Ressourcen schonende, emissionsarme, wettbewerbsfähige Wirtschaft. Noch stellen Qualifizierungsmaßnahmen und Integrationsprojekte im Bereich Umwelt die Ausnahme dar. Um hier einen kleinen Anstoß zu geben, widmen wir diese Ausgabe des ESF insight den Themen „Green Jobs“ und „Green Skills“. Damit wollen wir aufzeigen, welche Projekte bereits engagiert umgesetzt werden und wo es noch Potenziale gibt. Wir freuen uns über Ihr Feedback.

PETRA DRAXL

petra.draxl@bmask.gv.at

Grüne Arbeitsplätze in Österreich

In welchem Ausmaß Klimawandel und Umweltschutz dazu beitragen können „grüne Arbeitsplätze“ zu schaffen, ist umstritten. Eine neue Studie vom Institut für Höhere Studien (IHS) soll jetzt Licht ins Dunkel bringen. von CHRISTINE HOLZER, BMASK

Will Österreich die Ziele zur Emissionsreduktion erreichen, muss der Einsatz fossiler Energieträger gesenkt werden. Damit geht ein Strukturwandel einher, der an die Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und ArbeitnehmerInnen erhöhte Anforderungen stellen wird. Im Rahmen der Studie wurden Maßnahmen aus dem Bereich erneuerbare Energien, wie Strom- und Wärmeerzeugung, Gebäudesanierung, sowie Forschung und Entwicklung auf ihre Auswirkungen auf Beschäftigungspolitik und Arbeitsmarkt untersucht. In einem Vergleich unterschiedlicher Szenarien lassen sich folgende Aussagen treffen.

Bruttowirkungen: Im Rahmen der „Energiestrategie Österreich“ wurde von unterschiedlichen Job-Potenzialen berichtet. Aus der Analyse des IHS geht hervor, dass diese Wirkungen abhängig von Unterscheidungen zwischen im Inland oder im Ausland entstandenen Arbeitsplätzen oder zwischen Teil- und Vollzeit-arbeitsplätzen sind. So könnten im Rahmen der Energiestrategie etwa 60.000 bis 70.000 Arbeitsplätze entstehen.

Nettowirkungen: Je nachdem, welche Maßnahmen in die Analyse inkludiert werden, entstehen – nach Saldierung aller Beschäftigungsgewinne und -verluste – circa 40.000 bis 50.000 Jobs durch die Umsetzung der Energiestrategie. Wenn etwa im Rahmen der Gebäudesanierung (dem für die Beschäftigung wichtigsten Bereich) im Jahr 2020 rund 5,5 Milliarden

Euro (davon 80 Prozent privat finanziert) in die thermische Sanierung investiert werden, könnten circa 26.600 Jobs geschaffen werden. Wichtig ist es, dass für die zusätzliche Beschäftigung enorme Mittel aufgewendet werden müssen, die zum größten Teil von den privaten Haushalten finanziert werden. Bricht man die Analyse auf die Wirkungen pro investierter Million Euro herunter, dann entstehen je nach Refinanzierungsvariante 3,34 Jobs im Bereich „Erneuerbare“ und bis zu 7,25 Jobs bei „Fern- und Haushaltswärme“. Bei der Gebäudesanierung entstehen deshalb so viele Jobs, weil eine extrem hohe Investitionssumme angenommen wird. Die Studie zeigt, dass eine Reduktion der CO₂-Emissionen nur durch die Verringerung des Einsatzes von fossilen Energieträgern herbeigeführt werden kann. Dazu sind nicht nur eine Erhöhung der Steuern auf fossile Energie für Haushalte und Unternehmen notwendig, sondern auch langfristige Maßnahmen seitens der Politik. Diese führen zu mehr Beschäftigung und zur Erreichung der EU-Ziele, haben aber auch erhebliche volkswirtschaftliche Kosten. Die Kosten zeigen sich in der Verteuerung von Energie, in einem gewissen Konsumrückgang (ausgelöst durch höhere Steuern auf fossile Energie) und durch den vermehrten Einsatz von erneuerbaren Energieträgern, die derzeit noch sehr kostspielig sind. Als Schlüsselsektor könnte sich vor allem Forschung und Entwicklung herausstellen, da Förderungen in diesem Sektor zu einer Verbilligung von Energie aus erneuerbaren Technologien führen könnten.

AUF EINEN BLICK

Mehr und qualitativere Green Jobs. Die im Auftrag des BMASK vom IHS durchgeführte Studie hat untersucht, welche Beschäftigungseffekte mit Maßnahmen aus der „Energiestrategie Österreich“ erzielt werden können. Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde das „E3 AM-Arbeitsmodell“ entwickelt (Energy, Environment, Economy). Diese Untersuchungsmethode zeigt auf, welche Maßnahmen im Bereich der Klima- und Energiepolitik zu welchen Nettobeschäftigungseffekten führen können, welche Sektoren von den Maßnahmen profitieren und wo es zu Arbeitsplatzverlusten kommt. Sie können die BMASK-Studie im Internet herunterladen: www.esf.at/service/publikationen

Aus- und Weiterbildung forcieren:

Für die Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik empfehlen die StudienautorInnen, ein „grünes Mainstreaming“ der Aus- und Weiterbildung, vor allem in den Bereichen Gebäudesanierung. Um das Qualifikationsniveau zu erhöhen wird vorgeschlagen, vor allem die MINT-Studienrichtungen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) attraktiv zu gestalten. Die Integration neuer Konzepte, wie nachhaltige Entwicklung oder aber neuer Technologien in bestehende Ausbildungen scheint dabei wichtiger zu sein, als völlig neue Ausbildungsstandards zu definieren. ■

Zukunftspotenzial Green Skills



Sichere Energieversorgung und Umweltschutz sind die Topthemen Europas – und sie bringen neue Jobs und Beschäftigung im „grünen Bereich“. Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik ist es, diesen Strukturwandel zu unterstützen, nachgefragte Qualifikationen und Kompetenzen zu vermitteln, um Arbeitssuchende wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

BUNDESMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER

Rund 30 Milliarden Euro werden jährlich im Bereich der umweltorientierten Produktion und Dienstleistung in Österreich umgesetzt. Die EU definiert Green Jobs als „Arbeitsplätze, die bei der Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen entstehen und deren Hauptzweck der Umweltschutz ist“. In Österreich sind laut Statistik Austria derzeit circa 180.000 Menschen in diesem Sektor tätig, das heißt, etwa fünf Prozent der Erwerbstätigen hierzulande arbeiten in diesem Bereich und ungefähr zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) werden Jahr für Jahr auf dem grünen Weg erreicht. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass die Umweltwirtschaft einen wichtigen Wachstumsbeitrag leisten kann, der auch in Zeiten der Wirtschaftskrise von überdurchschnitt-

lich hohen Wachstumsraten geprägt war. Die erneuerbaren Energien nehmen dabei eine wichtige Stellung ein: sie schaffen neue Arbeitsplätze und neue Beschäftigungsmöglichkeiten.

50.000 neue Jobs mit „Green Skills“

Mit der „Energiestrategie Österreich“ setzt sich die österreichische Bundesregierung das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 auf 34 Prozent zu erhöhen. Bei Erreichung dieses Ziels könnten – netto - bis zu 50.000 neue Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien und Umweltschutz geschaffen werden. Die Umweltwirtschaft leistet deshalb einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der EU-2020 Strategie. Es geht aber nicht nur um „Green Jobs“ im

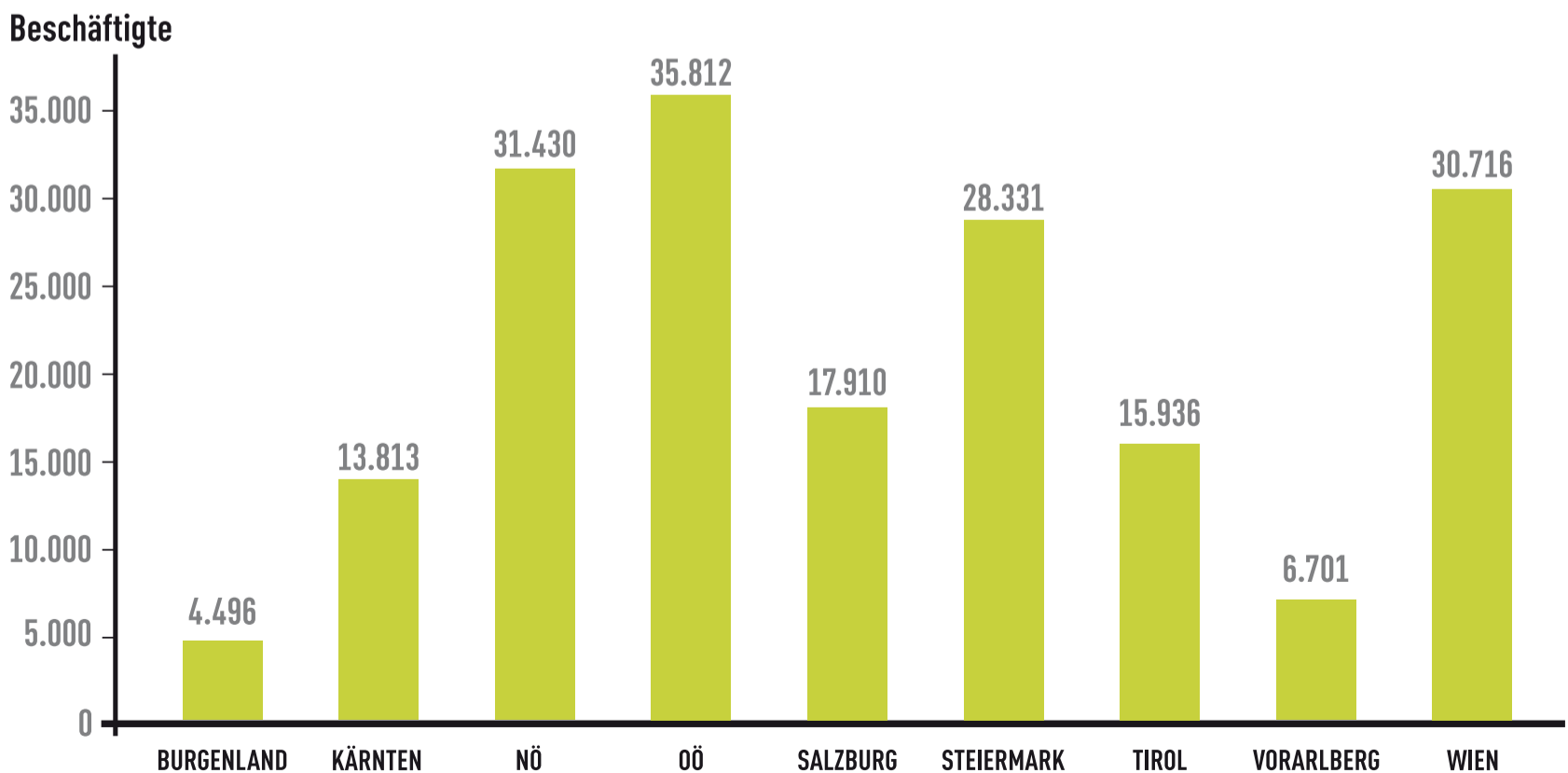
engeren Sinn, es geht genauso um „green skilling“, um geänderte Anforderungen am Arbeitsmarkt, um Qualifizierung von jenen Personen, deren Ausbildungen nicht mehr gefragt sind.

Innovationen sind gefordert,

um die österreichische Position auf den globalisierten Märkten zu behaupten. Die Umstellung auf erneuerbare Energien ist eine Herausforderung, die wir offensiv annehmen. Der Vorteil ist ein doppelter, denn wir schonen unsere Umwelt und unterstützen nachhaltige Beschäftigung, dazu leistet die Arbeitsmarktpolitik einen Beitrag. Für den ESF als europäischer Innovationsmotor sind grüne Arbeitsplätze und grüne Qualifikationen ein wichtiges Thema. ■

Umweltbeschäftigte in Green Jobs nach Bundesländern

QUELLE: STATISTIK AUSTRIA, OKTOBER 2010



Grüner Strukturwandel am Arbeitsmarkt

Die Folgen des Klimawandels ziehen wirtschaftliche und arbeitsmarktrelevante Veränderungen nach sich. Dadurch wird auch die Nachfrage nach neuen Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt steigen. Welchen Beitrag leistet die Arbeitsmarktpolitik zu einem grünen Strukturwandel? von ELISABETH PROKSCH

Um die positiven Beschäftigungseffekte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt weiter zu unterstützen, ist es notwendig, bewährte Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitiken für den grünen Strukturwandel zu nutzen und die Auswirkungen der Klimapolitik auf die Beschäftigung laufend zu überprüfen. In der Europa 2020-Strategie finden sich die Klimaziele genauso wie die Erhöhung der Beschäftigungsquote auf 75 Prozent der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren. Dabei zielt die Klima- und Energiepolitik der Europäischen Union darauf ab, Unternehmen auf dem Weg zu einer energie- und ressourceneffizienteren Wirtschaft zu unterstützen. Und die „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ trägt dazu bei, die Arbeitsmärkte zu modernisieren und den Menschen durch lebenslangen Erwerb von Qualifikationen neue Möglichkeiten, besonders im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, zu eröffnen.

Grün, gleich guter Arbeitsplatz?

Green Jobs sollen bestehende Arbeitsplätze grüner machen und ineffiziente Jobs besei-

tigen. Breit gefasst sind Green Jobs solche im Umweltsektor und solche, die bestimmte umweltbezogene Fähigkeiten erfordern. Der größte Teil dieser Arbeitsplätze befindet sich in Bereichen, die entweder von natürlichen Ressourcen abhängig sind oder solche verwenden. Im Sinne dieser breiten Definition haben 21 Millionen Jobs in Europa mit



Umwelt zu tun. Dabei ist ein Green Job nicht notwendigerweise ein guter Arbeitsplatz. Dessen Qualität wird von denselben Faktoren bestimmt wie jeder andere Arbeitsplatz auch. Die Frage, ob „grün“ soziale Möglichkeiten und Gleichstellungschancen verbessert, kann noch nicht eindeutig beantwortet werden. Einerseits könnten Green Jobs Beschäftigungsmöglichkeiten für Randgruppen bieten, andererseits könnte aber die Schere zwischen hoch und niedrig qualifizierten Jobs noch weiter aufgehen. Klimawandel und Klimapolitik betreffen alle Wirtschaftssektoren und erfordern sowohl Ausbildung in neue Berufe als auch Weiterbildung für die sich verändernden Jobprofile bestehender Berufe. Daher müssen die neuen Qualifikationsanforderungen mit neuen Werkzeugen identifiziert und Aus- und Weiterbildungssysteme an diese Veränderungen angepasst werden.

Green Skills sind gefragt

Während in den grünen Industrien und Berufen Arbeitsplätze entstehen, wird es in bestimmten Sektoren und Regionen zu Jobverlusten kommen. Um eine Zunahme struktureller Arbeitslosigkeit zu vermeiden, kann Arbeitsmarktpolitik den Über-

gang von einem Job zum anderen steuern und begleiten, sowie Arbeitskräfte beim Umstieg unterstützen. Niedrig qualifizierten Arbeitskräften sowie energieintensiven Industrien beziehungsweise Klein- und Mittelunternehmen wird dabei besondere Aufmerksamkeit zukommen müssen. Die ESF-kofinanzierte Qualifizierung von

Beschäftigten unterstützt beispielsweise in Wien den Qualifizierungsverbund „Nachhaltigkeit“ und in Tirol seit 2010 den Qualifizierungsverbund „Elektrizität und Grüne Energien“. 19 Unternehmen aus dem Bereich Energieproduktion und Komponentenherstellung (Solaranlagen, Wärmepumpen) haben bisher rund 60 Schulungen für ihre MitarbeiterInnen geplant und teilweise bereits durchgeführt. „Umweltwissen zählt heute zu

den new skills, zum innovativen Wissen, das in der beruflichen Weiterbildung immer wieder weiterentwickelt werden sollte“, meint Maria Hofstätter, Abteilung für Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation im AMS Österreich. Es gilt, das Umweltwissen im eigenen Beruf zu erwerben und ständig aufzufrischen. Und es empfiehlt sich, in umweltzertifizierten Betrieben nach Jobs zu suchen, so Hofstätter.

AMS Maßnahmen im Bereich Green Jobs

Das AMS finanziert aus Mitteln des ESF verschiedene Aktivitäten im Green Job-Bereich. Unter anderem werden sozialökonomische Betriebe und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte gefördert, die sich mit der Sammlung, Reparatur und dem Wiederverkauf von Möbeln, Textilien und Fahrrädern oder mit dem Recycling von Plastik und Haushaltsgeräten beschäftigen. Weiters erhalten Arbeitssuchende neue Qualifikationen für grüne Zukunftsberufe. Das Angebot reicht von Grundkursen für Photovoltaik, energieeffizientem Bauen, thermischer Sanierung über Energieausweis-Neu und Wärmedämm-Verbundsysteme bis hin zur Gebäude- und Installationstechnik mit dem Schwerpunkt Ökoenergie. ■

AUF EINEN BLICK

AMS-Maßnahmen im Bereich Green Jobs 2010
aus Mitteln des ESF kofinanziert:

674	Qualifizierungsförderungen für Beschäftigte
804	Beschäftigungen in einem Sozialökonomischen Betrieb
709	Beschäftigungen in einem Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekt

Insgesamt haben im Jahr 2010 2.187 Personen an einer Qualifizierungs- oder Beschäftigungsmaßnahme im Bereich Green Jobs, die vom ESF kofinanziert wurden, teilgenommen.



NIEDERÖSTERREICH

Ökogarten Mödling

Seit 1991 ist der Verein Arge Chance in Mödling aktiv. Der vom AMS, Land NÖ und ESF geförderte sozialökonomische Beschäftigungsbetrieb bietet erwerbslosen Menschen Arbeit und Arbeitstrainingsplätze und soziale Betreuung auf Zeit. Im Ökogarten Mödling sind Personen mit dem Schwerpunkt Migrationshintergrund beschäftigt. Geschäftsführer Günther Rieck: „Es ist uns ein wichtiges Anliegen, durch unsere Dienstleistungen und Produkte unseren KundInnen die Effektivität und den Nutzen von sozialökonomischen Betrieben näher zu bringen. Wir produzieren qualitativ hochwertiges, ökologisches Fruchtgemüse und viele Kräuter. Unter ökologischer Bewirtschaftung verstehen wir nicht nur den Verzicht auf Kunstdünger oder chemische Schädlingsbekämpfung, sondern auch Sortenvielfalt bei den Kulturpflanzen, Berücksichtigung ökologischer Kreisläufe, Kompostwirtschaft, Nützlingsförderung und vieles mehr. So kultivieren wir rund 40 Paradeisersorten, 15 Paprika-, Chilli- und Pfefferonisorten, Melanzani, Kürbisse, Zucchini, Gurken, diverse Salatsorten sowie Spinat und Mangold.“ Neben dem Ökogarten Mödling bietet der Verein Arge Chancen auch Grünraumgestaltung und -pflege, Wohnungs- und Gebäudesanierungen, Übersiedlungen und Transporte, Metall-, Tischler- und Holzarbeiten sowie Bügel-, Näh- und Reinigungsarbeiten an.

www.argechance.at



WIEN

Demontage- und Recycling-Zentrum

Das Demontage- und Recycling-Zentrum Wien – D.R.Z – ist ein vom AMS Wien, Bundessozialamt und ESF geförderter sozialökonomischer Beschäftigungsbetrieb. Er wurde von der Wiener Volkshochschulen GmbH 2003 gegründet und widmet sich der Demontage von Elektro- und Elektronikaltgeräten. Projektleiter Anton Stengeli: „Wir geben Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung die Chance einer geregelten Arbeit nachzugehen, Weiterbildung in Anspruch zu nehmen und parallel dazu eine intensive sozialpädagogische Betreuung zu erfahren.“ Ziel ist eine Integration der Personen in den ersten Arbeitsmarkt. „Ein Bestandteil unserer Arbeit ist die Vermeidung von Schadstoffen, die durch Elektro- und Elektronikaltgeräte hervorgerufen werden.“ So werden die einzelnen Bauteile manuell ausgebaut und die Elektro(nik)-Altgeräte für ein optimales Recycling vorbereitet. Diese Arbeit stellt auch die Basis für die Qualifizierung der MitarbeiterInnen dar. „Unser Know-How wird dabei ständig erweitert und auch anderen Betrieben zur Verfügung gestellt“, so Stengeli. Zu einem weiteren Geschäftsfeld zählt ein Transportservice für defekte Geräte und die Trash Design-Manufaktur. Hier entstehen aus Elektroschrott kreative Designlösungen für Schmuck, Möbel und Accessoires. Die Produkte sind nicht nur Designobjekte, sie symbolisieren auch den verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt und soziale Verantwortlichkeit. www.drz-wien.at



STEIERMARK

ÖKO-Service GmbH

Die ÖKO-Service GmbH wurde im Jahr 1994 gegründet und ist eine gemeinnützige Gesellschaft in Graz. Sie wird aus Mitteln des Arbeitsmarktservice und des ESF finanziert. Derzeit arbeiten rund 50 Personen in den Bereichen Häcksel- und Gartenservice, E-Schrott-Recycling, Geschirrverleih, Sammlung von Altspeiseöl und Reinigung. Langzeitarbeitslose Personen können über das AMS ein zeitlich befristetes Dienstverhältnis bei ÖKO-Service eingehen. Geschäftsführer Christian Krizanic: „Gemeinsam mit der Stadt Graz entwickelten wir ein Häcksel-service. Unsere MitarbeiterInnen kommen direkt zu den HausbesitzerInnen und häckseln ihre Gartenabfälle vor Ort. Sie arbeiten dabei in allen fünf Arbeitsbereichen unseres Unternehmens, wodurch ein umfassendes Bewusstsein für Umweltschutz und Müllvermeidung sowie -trennung vermittelt werden kann.“ Der Umwelt- und Nachhaltigkeitsgedanke ist vor allem für MigrantInnen oft neu, so Christian Krizanic. „Gerade in dieser Zielgruppe leisten wir wertvolle Aufklärung in Sachen Abfallvermeidung und -trennung“. Die ÖKO-Service GmbH ist Ökoprotit-Mitgliedsbetrieb und hat bereits zahlreiche Preise gewonnen. Wie zuletzt den Energyglobe Styria in der Kategorie Jugend für das Projekt Relife – ein transnationales Sensibilisierungsprojekt zwischen Österreich, Italien, Kroatien – sowie eine Nominierung unter den Energy Globe Austria-Projekten.

www.oekoservice.at



Nachhaltiges Wachstum für Europa

Intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum für Europa, so heißt es in der EU 2020-Strategie. Innerhalb dieser Prioritäten will die EU das Wirtschaftswachstum fördern und die Umwelt schützen. von ISABEL NAYLON

Nachhaltiges Wachstum ist die „grüne“ Kategorie und die Europäische Union versteht darunter den Aufbau einer wettbewerbsfähigen, kohlenstoffarmen, ressourceneffizienten Wirtschaft. Bereits im Jahr 2009 hat die Europäische Kommission angekündigt, im Rahmen der Kohäsionsfonds 105 Milliarden Euro für Investitionen in eine klimaschonende und energieeffiziente Wirtschaft bereitzustellen. Zusätzlich sollen drei Milliarden Euro für die Förderung von Ökoinnovationen und die Schaffung „grüner“ Arbeitsplätze aufgewendet werden. Das Potenzial für neue Arbeitsplätze ist dabei nicht einfach zu bemessen. Zahlreiche Studien sind sich allerdings darüber einig, dass es zu einem Anstieg der Green Jobs kommen wird und am Arbeitsmarkt einige Veränderungen zu erwarten sind.

430.000 grüne Jobs in der EU

Der Sektor „Erneuerbare Energien“ kann bei erfolgreicher Umsetzung der 2020-Strategie mit bis zu 430.000 neuen Arbeitsplätzen innerhalb der Europäischen Union rechnen. Auch in der Baubranche werden Green Jobs entstehen.

Sanierungsarbeiten zur Reduktion der CO₂-Emissionen könnten bis 2020 rund 150.000 zusätzliche Stellen hervorbringen. In Segmenten, die eine sehr energieintensive Produktion betreiben, muss mit einem Verlust von Arbeitsplätzen gerechnet werden. 175.000 Jobs sind EU-weit in der Stahlindustrie gefährdet und Einbußen sind auch in der Ölindustrie zu erwarten, da es bei Einhaltung der Ziele einen reduzierten Bedarf an fossiler Energie geben wird. Schon heute hängen in Europa 20 Millionen Arbeitsplätze direkt oder indirekt mit der Umwelt zusammen. Auf europäischer Ebene gibt die Europa 2020-Strategie den Weg vor. Eine Leitinitiative ist dabei die Agenda „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“. Diese Agenda wird vom ESF und dem Programm für lebenslanges Lernen finanziert. Neue und grüne Arbeitsplätze sind der erste Schritt. Ziel ist es, dass die neuen auch gute Arbeitsplätze sind. Der Produktions- und Wettbewerbsdruck im Bereich erneuerbarer Energie könnte niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen hervorbringen. Dem will man entgegenwirken, etwa durch verbesserte Vertretungsgremien in den betroffenen Branchen. ■

DEFINITION VON GREEN JOBS

Die **International Labour Organisation (ILO)** definiert als Green Jobs jene, die den ökologischen Fußabdruck reduzieren, und zwar durch die Reduktion des Konsums von Energie, Rohstoffen und Wasser, die Reduzierung der CO₂-Emissionen und des -Verbrauchs der Weltwirtschaft und die Reduzierung von Treibhausgasen, die Anpassung an den Klimawandel und Dienstleistungen zum Schutz und der Wiederherstellung von Ökosystemen www.ilo.org/greenjobs

Das **United Nations Environment Programme (UNEP)** definiert Green Jobs als Tätigkeit in Landwirtschaft, Produktion, Forschung und Entwicklung, Verwaltung und Dienstleistung, die wesentlich zum Erhalt oder zur Wiederherstellung der Umweltqualität beiträgt. Hervorgehoben werden Arbeitsplätze zum Schutz von Ökosystemen und Biodiversität, zur Reduzierung von Energie-, Wasser- und Rohstoffverbrauch durch Effizienzsteigerung, zur CO₂-Reduktion und zur Minimierung und Vermeidung aller Formen von Abfall und Umweltverschmutzung. Green Jobs müssen auch eine angemessene Bezahlung, Sicherheit am Arbeitsplatz, Karriereperspektiven und ArbeitnehmerInnenrechte beinhalten. www.unep.org/civil-society



KOMMENTAR von JUDITH PÜHRINGER

Mehr Frauen in Green Jobs?

Ist bereits die Arbeit der Hilfskraft, die im Supermarkt Biojoghurt einschichtet, ein Green Job?

Im Dezember 2010 lud das Lebensministerium zur Diskussion „Mehr Frauen in Green Jobs“ ein. Sehr gut: das Thema Frauen am (grünen) Arbeitsmarkt wird explizit beleuchtet. Und laut Lebens- und Sozialministerium gibt es derzeit rund 200.000 Green Jobs in der Umweltwirtschaft. Zahlen von 100.000 neu zu schaffenden Jobs bis 2020 kursieren. Immer mehr Frauen würden Karriere in „Green“ machen, als „Umwelttechnikerin, Biomasseinstallateurin und Umweltberaterin“. Gerade für Frauen sei dies eine Perspektive, denn Green Jobs sind „stabil und zukunftsfähig.“ Klingt wunderbar, da kann eine ja nur jubeln und auf das Jobwunder Green Jobs setzen. Aber ein genauerer Blick lohnt. ExpertInnen bezweifeln die Zahlen. Und gehört die Kindergärtnerin, die Biomittagessen kocht, zu den neuen Gewinnerinnen? Gerade in dem Segment von Green Jobs, die niedrigere Qualifikationen erfordern, gibt es oft schlechte (und gesundheitsgefährdende) Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel im Bereich Recycling und Entsorgung. Die Tätigkeiten werden zudem sehr oft nicht adäquat entlohnt. Wenn Green Jobs nicht wirkliche „Good Jobs“

sind, taugen sie nicht und sind alles, nur nicht zukunftsweisend. Es gibt viele Ansätze, um aus Green Jobs wirklich nachhaltige Jobs werden zu lassen. Der Bundesdachverband Soziale Unternehmen hat sich am Green Jobs-Positionspapier von Ökobüro, dem Zusammenschluss der Umwelt-NGOs beteiligt und die Sicht der sozialen Unternehmen eingebracht. Soziale Integrationsunternehmen sind traditionell im Bereich Recycling, Abfallwirtschaft und Re-use verortet. Die Kombination von Arbeitsmarktintegration und (niedriger qualifizierten) Tätigkeiten im Bereich der Green Jobs ist speziell und erfolgreich. Soziale Unternehmen haben viel Erfahrung und Vorschläge, wie über öffentliche Ausschreibungen auch sozialpolitische Akzente bei Green Jobs gesetzt werden können. Beim Thema (Re)Integration werden die Bruchlinien bei Männer- und Frauenerwerbsbiografien überdeutlich. Es stimmt zwar, dass beispielsweise im Rahmen der thermischen Sanierung Frauen die Chance ergreifen und sich (noch) mehr in technische Bereiche vorwagen müssen – hier sind bildungspolitische Maßnahmen gefragt. Gleichzeitig stellen

sich (immer noch) die strukturellen Fragen der Erwerbsbeteiligung von Frauen und der Chancengleichheit am Arbeitsmarkt. Ungelöst sind nach wie vor: ein funktionierendes Karenzmanagement, der Wiedereinstieg in das Erwerbsleben, der Gender Pay Gap, die gläsernen Decke, wenn es um Macht und Führungspositionen geht, und die Fragen der Chancengerechtigkeit generell. Wenn diese Fragen nicht gelöst werden, werden sie in den Green Jobs fortgeschrieben und durch „greenwashing“ weggeschoben. Übrigens: Wer spricht eigentlich von „White Jobs“, den Arbeitsplätzen im Gesundheits-, Sozial- und Pflegebereich? Warum wird nicht in diesem Bereich, der traditionell von Frauen dominiert ist (und unter schlechteren Bedingungen auch schlechter bezahlt ist) eine Zukunftsbranche ausgerufen? Zufall? ■

Judith Pühringer ist Geschäftsführerin des Bundesdachverbands für soziale Unternehmen www.bdv.at



© The Value Web

Innovationen Lernen quer durch Österreich

Territoriale Beschäftigungspakte ermöglichen es, arbeitsmarktpolitische Probleme besser zu erfassen und gemeinsame Maßnahmen umzusetzen. Im April 2011 fand in Wien die Tagung TEP Innovations-Drehscheiben statt. von WOLFGANG MICHALEK

Engeladen waren Stakeholder der Territorialen Beschäftigungspakte in Österreich, Trägerorganisationen, die den Schwerpunkt 3b im ESF umsetzen und eine interessierte Fachöffentlichkeit. Fünf parallele Workshops boten Raum für Austausch, Vernetzung und Einblick in die praktische Arbeit von Projekten. Es ging vor allem um die Frage, in welchen Bereichen die „Entwicklungswerkstatt SP 3b“ Erfolgsfaktoren und Lernerfahrungen anbieten kann, die für die Zielgruppe, sowie auch für andere Aktivitäten weiter berücksichtigt werden sollen.

Schnittstelle Schule-Arbeitsmarkt

Thematisch war der Bogen weit gespannt: Von der Schnittstelle Schule-Arbeitsmarkt über Fragen zur Begleitung von Migrantinnen und Migranten, die Ausgestaltung und Ausrichtung von Produktionsschulen, personenbezogene Interventionen im Zusammenhang mit Casemanagement bis hin zu Beschäftigung und Qualifizierung im Rahmen der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Eine erste Analyse der Workshops zeigte, dass die Schnittstellenarbeit zunehmend in den Fokus rückt. Das heißt, dass vor allem politik- und institutionenübergreifende Prozesse für die Unterstützung von arbeitsmarktfernen Personen einen entscheidenden Erfolgsfaktor

darstellen. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frage des sogenannten „Offenen Zugangs“ und der verbesserten Erreichbarkeit dieser – sehr heterogenen – Zielgruppe. Grundsätzlich stellt eine adäquate Form der freiwilligen Entscheidung der betroffenen Personen, ein entsprechendes Angebot anzunehmen, einen erfolversprechenden Zugang dar. In welchem Ausmaß dieser Zugang vor dem Hintergrund rechtlicher Bestimmungen jedoch ermöglicht werden kann und inwieweit dieser auch durch die Durchlässigkeit innerhalb des Systems, etwa in Form von „Stufenmodellen“, begleitet werden kann, sollte, so zumindest der Tenor der Veranstaltung, weiter diskutiert werden.

Über 100 Modellprojekte

Der ESF-Schwerpunkt 3b des Operationellen Programms 2007-2013 fördert innovative Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbschancen von arbeitsmarktfernen Personen. Über die Territorialen Beschäftigungspakte (TEP) konnten von 2008 bis 2011 in acht Bundesländern (Burgenland ist aufgrund eines eigenen Förderprogrammes ausgenommen) über 100 Modellprojekte umgesetzt werden. In der ersten Runde lag der Fokus auf der Schnittstelle Arbeitsmarkt-Notstandshilfe-Sozialhilfe, in der zweiten Runde auf Perso-

nen mit Migrationshintergrund. In der aktuellen, dritten Runde werden Maßnahmen im Bereich bedarfsorientierter Mindestsicherung entwickelt. Die Finanzierung erfolgt mit 46 Prozent aus ESF-Mitteln und 54 Prozent aus nationalen Mitteln.

Mehr zur Tagung: www.pakte.at



AUF EINEN BLICK

Die Innovationskraft des ESF in Österreich zeigt sich in den Bereichen: Qualifizierung von Beschäftigten, Verankerung von Gender Mainstreaming, Best Practice-Projekt Arbeitsassistentz, Förderungen von Frauen in Wissenschaft und Technik und bei der Lösung komplexer Herausforderungen im Rahmen der Territorialen Beschäftigungspakte. Grundsätzliches Ziel des ESF ist die Verbesserung der Betreuung arbeitsmarktferner Zielgruppen und die Steigerung der Effizienz und Effektivität von Maßnahmen, Projekten und Betreuungsansätzen.

Social Design Week. Erstmals präsentiert der ESF ausgewähltes Design und kreative Dienstleistungen aus sozialökonomischen Beschäftigungsbetrieben, Produktionsschulen und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten. Von 27. Juni bis 1. Juli 2011 in Wien.

Innovationsunion. Mit der Innovationsunion will die Europäische Kommission neue Arbeitsplätze, ein umweltfreundliches Wachstum und sozialen Fortschritt in Europa erzielen.

Lesen Sie mehr dazu unter esf.at

Grün gewinnt. Ausbildung zählt.

von SANDRA BAIERL



Hunderte Jobs sind auf einem Karriereportal des Lebensministeriums ausgeschrieben. Hunderte sogenannte Green Jobs, also allesamt Stellen aus der Umweltwirtschaftsbranche. Ein Wachstumsmarkt, daran besteht kein Zweifel. Während die Beschäftigungszahlen in vielen Bereichen der Wirtschaft einen Rückgang verzeichneten, ist der Bereich Green Jobs im vergangenen Jahr um immerhin 3,7 Prozent gewachsen. Derzeit finden 200.000 Menschen in Österreich einen Arbeitsplatz in der Umweltwirtschaft. In den nächsten Jahren, bis zum

Jahr 2020, sollen noch einmal gut hunderttausend grüne Arbeitsplätze dazu kommen. Eine Entwicklung mit einem schönen, beruhigenden Nebeneffekt: Jede zusätzliche Stelle in diesem Bereich tut auch der Umwelt gut. Sie bringt neben Wirtschaftswachstum und Aufschwung auch mehr Klimaschutz und Energiesicherheit. Wie so ein Green Job aussieht? Das können die Vorhersehenden nicht so ganz genau sagen. Der Blick in die Zukunft ist da ein wenig unscharf. Mit ein bisschen Fantasie sieht man aber Monteure und Monteurinnen an Windrädern, Abfallexpert/innen, Solartechniker/innen. Aber auch Disaster-Manager/innen nach Umweltkatastrophen wird man brauchen, oder Energieberater/innen, die beim Umgang mit endlichen Ressourcen helfen.

Gut ausgebildetes Personal gesucht

Was man für die Zukunft aber schon ganz genau sehen kann: Die künftigen Jobs brauchen gut qualifiziertes Personal, brauchen exzellente Fachkräfte, die mit den neuen Techniken und den rasanten Entwicklungen auf diesem Sektor umgehen können. Der Schlüssel für den beruflichen Erfolg liegt also nicht nur in der richtigen Auswahl der Branche (neben Green Jobs boomen auch Pflege- und Gesundheitsberufe, Jobs in Forschung und

Entwicklung, Erziehung und Bildung), sondern vor allem in der möglichst hohen Qualifikation, im Erwerb von Spezialwissen, in der ständigen Weiterbildung und Zusatzausbildung. Das Thema Bildung und Ausbildung – nicht nur im Bereich Green Jobs – ist die einzige Antwort auf die zentralen Probleme der Gesellschaft: Damit findet man Zugang zum Arbeitsmarkt, zu gut bezahlten, sicheren Jobs. Und damit wird Armut entgegen getreten. Wenn das nicht Win-Win ist. ■

ZUR PERSON

Sandra Baierl ist seit November 2010 stellvertretende Leiterin der Ressorts Wirtschaft, Karriere und Business bei der Tageszeitung KURIER. Sie startete ihre berufliche Karriere bei der Austria Presseagentur (APA), arbeitete in einer PR-Agentur und wechselte 2001 zur Verlagsgruppe news. Von 2003 bis 2006 war sie Journalistin für das Magazin Gesundheit und das Wirtschaftsblatt. Baierl studierte Politikwissenschaft, Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Anglistik und Amerikanistik an der Universität Wien und verbrachte ein Studienjahr an der Universität von Coleraine (Nordirland).

WICHTIGE ADRESSEN



Europäischer Sozialfonds
in Österreich
www.esf.at



Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Abteilung VI/9

1010 Wien, Stubenring 1, Tel.: +43 1 711 00-0, www.bmask.gv.at

Petra Draxl petra.draxl@bmask.gv.at

Uli Rebhandl ulrike.rebhandl@bmask.gv.at

Doris Witek-Weindorfer doris.witek-weindorfer@bmask.gv.at

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Abteilung IV/6

1010 Wien, Stubenring 1, www.bmask.gv.at

Claudia Gabriel claudia.gabriel@bmask.gv.at

Tel.: +43 1 711 00-6490

Bundessozialamt – Zentrale

1010 Wien, Babenbergerstraße 5, Tel.: +43 1 05 99 88

bundessozialamt@basb.gv.at, www.bundessozialamt.gv.at

Günther Schuster guenther.schuster@basb.gv.at

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

1014 Wien, Minoritenplatz 5, www.bmukk.gv.at

Wolfgang Slawik wolfgang.slawik@bmukk.gv.at

Leitung der Stabstelle und Gesamtkoordination Bereich Schule

Tel.: +43 1 531 20-4443

Regina Barth regina.barth@bmukk.gv.at

Bereich Erwachsenenbildung, Tel.: +43 1 531 20-4626

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

1014 Wien, Minoritenplatz 5, www.bmwf.gv.at, www.stipendium.at

Alexander Egger alexander.egger@bmwf.gv.at

Gesamtkoordination Bereich Wissenschaft, Tel.: +43 1 531 20-700

Arbeitsmarktservice Österreich

1200 Wien, Treustraße 35-43, www.ams.at

Franz Weinberger franz.weinberger@ams.at

Abteilungsleiter Förderungen, Tel.: +43 1 331 78-627,

Elisabeth Proksch elisabeth.proksch@ams.at

ESF-Koordination, Tel.: +43 1 331 78-621

Koordinationsstelle Territoriale Beschäftigungspakte

Zentrum für Soziale Innovation, 1150 Wien, Linke Wienzeile 246

Tel.: +43 1 495 0 442-0, www.zsi.at, www.pakte.at

VERANSTALTUNGSTIPP



Mit Innovation zur Integration. Die Social DesignWeek ist eine Leistungsschau der besonderen Art. Sie zeigt erstmals ausgewähltes Design und kreative Dienstleistungen aus sozialökonomischen Beschäftigungsbetrieben, Produktionsschulen und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten. Die Produkte reichen von Gegenständen des Alltags über Accessoires bis hin zu bedruckten T-Shirts.

Wann: 27. Juni bis 1. Juli 2011

Eröffnung: Bundesminister Rudolf Hundstorfer

Wo: Adria Wien, Donaukanal/Saltztorbrücke, 1020 Wien

Ausstellung: Dienstag bis Donnerstag von 16.30 bis 19.00 Uhr

Programm: www.esf.at

www.pakte.at

HAT SICH IHRE ADRESSE GEÄNDERT?

Bitte senden Sie Ihre neuen Kontaktdaten an: insight@esf.at

IMPRESSUM:

Herausgeber: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Abteilung VI/9 – Europäischer Sozialfonds, 1010 Wien, Stubenring 1; **Redaktion:** Susanne Wegscheider (Ltg.), Peter Sitte, com_unit, Isabel Naylon, Jürgen Pucher, metis GmbH. **Kontakt:** insight@esf.at

AutorInnen dieser Ausgabe: Christine Holzer, Wolfgang Michalek, Elisabeth Proksch, Judith Pühringer

Grafisches Konzept & Gestaltung: com_unit

Fotos: BMASK, photocase.com ©Jenzig71 Illu Seite 4: ©Post Typography

Cover: Florian Hämmerle

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung (auch auszugsweise) ist ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig.

DVR Nummer: 0017001

Druck: alwa&deil, 1140 Wien

P.b.b. Verlagsort 1150 Wien Plus.Zeitung 1121038810P